

Sparpaket ist ein Kompromiss

Leserbrief zur kantonalen Abstimmung zur Sanierung der Kantonsfinanzen vom 26. April 2026.

Der Kanton Freiburg muss finanziell saniert werden. Daran ändern auch der hervorragende Jahresabschluss und die Millionen der Nationalbank nichts. Denn das Ausgabenwachstum der Kantonsverwaltung hat in den letzten Jahren überproportional zugenommen, während auf der Einnahmeseite – sprich bei den Steuereinnahmen – die Zuwächse dem Bevölkerungswachstum und der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen.

Mit diesem Sanierungsprogramm, welches der Staatsrat mit dem Grossrat ausgearbeitet hat, ist ein breiter Kompromiss gelungen, der die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung widerspiegelt. Entgegen den Behauptungen der Linken und Anverwandten gibt es bei den Staatsangestellten keinen Abbau. Es sind weder Entlassungen geplant noch Leistungskürzungen vorgesehen. Das Staatswachstum soll gebremst und die Strukturen sollen geglättet werden. Dieses Programm strahlt zudem Optimismus gegenüber der arbeitenden Bevölkerung und der Wirtschaft aus. Steuererhöhungen gibt es nicht. Die steuerlichen Errungenschaften unseres Kantons bleiben erhalten.

Wir von der SVP haben in den letzten Jahren die überzogene Ausgabenpolitik des Staates stets kritisiert. Leider wurden wir dabei immer wieder belächelt und politisch beiseitegeschoben. Dieses Sanierungsprogramm ist daher mehr als notwendig. Es stellt einen breiten Kompromiss dar und packt das Machbare an.

Darum sage ich Ja zum Sanierungsprogramm der Staatsfinanzen.

Flavio Bortoluzzi, Muntelier,
Grossrat SVP

Pfarrei als Aufsteller

Patricia Trachsel aus Alterswil freut sich über die Pfarrei Alterswil.

Meinen ersten Aufsteller erlebte ich am Karfreitagmorgen, an der Kreuzwegandacht in unserer Pfarrkirche, die so schön von Jollette Ruffieux, einer jungen Frau und Bereicherung unserer Pfarrei, zelebriert wurde. So wichtig in der heutigen Zeit, dass unsere Kirche fortschrittlicher denkt und junge Menschen auf so eindrückliche Weise das Wort Gottes weitergeben dürfen. Den zweiten Aufsteller durfte ich kurze Zeit später erfahren. In der Pfarrei Alterswil wird ein alter Brauch gepflegt, das Rären.

Es ersetzt das Angelusläuten von Gründonnerstag bis zur Osternacht und symbolisiert die Grabesruhe Jesu, nachdem die Glocken «nach Rom geflogen» sind. Beides hat mich sehr beeindruckt. Macht weiter so in der Pfarrei Alterswil.

Patricia Trachsel,
Alterswil

Israel: Todesstrafe am Karfreitag

Leserbrief zur Diskussion zur Wiedereinführung der Todesstrafe in Israel.

Vor rund 2000 Jahren erlitt in Jerusalem ein Rebell namens Jesus die Todesstrafe. Er hatte die Religionsführer öffentlich kritisiert: Sie würden die religiösen Gesetze missbrauchen, um die Armen, Kranken, Frauen, Ausländer und Andersgläubigen zu diskriminieren, und würden mit dem religiösen Kult Geschäfte machen. Er war Humanist und verteidigte die Würde und Rechte aller Menschen. Heute will Israel wieder Menschen hinrichten, die sich seinem Besitzanspruch auf das Land widersetzen, das Gott ihm, seinem «ausgewählten» Volk, versprochen habe. Doch wer kann diese Geschichte heute noch für wahr halten und erst noch zur Rechtfertigung von Gewalt und Todesstrafe heranziehen? Wohl nur Menschen wie die Religionsführer damals, Führer mit machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen. Zur Todesstrafe verurteilt werden jene, die für ihr Land und ihre Rechte kämpfen.

José Balmer,
Tafers

Wer hat etwas Schönes geknipst?

Wenn Sie ein nicht alltägliches Bild gemacht haben, dann lassen Sie es uns mit den nötigen Angaben zukommen. Die Einsendungen müssen mit einer kurzen Erklärung zur Aufnahme versehen sein. Über die Publikation entscheidet die Redaktion in eigener Kompetenz.

Adresse

Redaktion Freiburger Nachrichten, Stichwort «Leserfoto», Av. de Tivoli 3, 1700 Freiburg; oder redaktion@wirfreiburg.ch

Kanton Freiburg: Ja zur Zweisprachigkeit – Nein zu den Sparmassnahmen

Leserbrief zur kantonalen Abstimmung über das kantonale Sparpaket vom 26. April 2026.

Seit 1995 arbeite ich im Sozialbereich im Kanton Freiburg und erlebe täglich, wie wichtig verlässliche Leistungen des öffentlichen Dienstes sind. In meinem beruflichen Alltag, als Vater von vier Kindern und als Bürger sehe ich die geplanten Sparmassnahmen mit grosser Sorge.

Diese Massnahmen bedeuten nicht nur einen Abbau von Leistungen und schlechtere Arbeitsbedingungen. Sie verschärfen auch die Situation der deutschsprachigen Minderheit im Kanton. Schon heute ist es schwierig, genügend Fachpersonen zu finden – nicht zuletzt wegen der Konkurrenz mit anderen Kantonen (Bern). Weitere Verschlechterungen würden die Rekrutierung zusätzlich erschweren.

Gefährdet sind zudem die Bemühungen des Kantons für eine echte Zweisprachigkeit – in der Verwaltung ebenso wie in Spitälern und sozialen Institutionen. Für uns, die deutschsprachige Bevölkerung, ist es wichtig, Zugang zu qualitativ guten Dienstleistungen in unserer Sprache zu haben.

Nach den Gemeindevahlen vom 8. März haben wir Ende April erneut die Möglichkeit, wichtige Weichen zu stellen. Setzen wir uns für starke Leistungen, faire Arbeitsbedingungen und eine lebendige Zweisprachigkeit ein.

Darum stimme ich am 26. April Nein zu den Sparmassnahmen.

Stefan Trummer,
Freiburg

Debatte um Sanierung der Kantonsfinanzen versachlichen

Leserbrief zur Abstimmung über das Programm zur Sanierung der Kantonsfinanzen vom 26. April 2026.

Seit Beginn der Kampagne für die Abstimmung versucht das Referendums-Komitee, die vom Staatsrat erarbeiteten Massnahmen zur Sanierung der Kantonsfinanzen die Bevölkerung mit alarmierenden Aussagen zu verunsichern. Es ist an der Zeit, die Fakten klarzustellen. Bei den Pflegeheimen sind keine generellen Leistungskürzungen vorgesehen. Die Betreuung und Begleitung der Bewohnenden bleibt unverändert. Finanzielle Anpassungen betreffen einzig Personen mit hohem Einkommen und Vermögen, die künftig einen etwas höheren Beitrag leisten müssen. Diese Praxis haben auch andere Kantone. Von einem Abbau zu sprechen, ist daher irreführend, ja sogar unsozial.

Auch bei den Kinderkrippen ist die Lage klar: Es gibt keine generelle Erhöhung der Tarife für Eltern, die ihre Kinder in die Kita bringen. Auch die Unterstützungsleistungen bleiben für einen grossen Teil der Familien zugänglich, auch bei höheren Einkommen.

Besonders problematisch sind die Aussagen zum Kantonsspital HFR. Im Gesetz zur Sanierung der Kantonsfinanzen (SKfG), über das wir abstimmen, findet sich keine einzige Bestimmung, die eine Reduktion der Spitalleistungen vorsieht. Ein Ja zur Sanierung der Kantonsfinanzen sichert diese Leistungen und ermöglicht notwendige Investitionen in die Zukunft des HFR. Wir möchten eine sachliche Diskussion. Die Bevölkerung hat Anspruch auf korrekte Informationen. Ein Ja zur SKfG ist ein Entscheid für Stabilität und Zukunftssicherheit, ohne dass die Steuern erhöht werden müssen.

Bruno Riedo,
Grossrat, Ueberstorf

Der Biber als zunehmendes Problem?

Leserbrief zum Artikel «Biberdamm zerstört: Junger Mann verurteilt» in den FN vom 27. März 2026.

Dieses Urteil ist ein schlechter Scherz. Es wurde gefällt, weil ein Staatsangestellter, der Kläger, der von unseren Steuergeldern lebt, seine Macht ausspielen wollte. Die Staatsanwaltschaft ging dabei ausschliesslich auf die unbelegten Argumente des Klägers ein. Sämtliche Einwände des Anwalts des Angeklagten wurden weder ernsthaft geprüft noch berücksichtigt, sondern schlichtweg abgeschmettert.

Der Angeklagte hat im Auftrag des Wildhüters, also des Klägers, sowie der Gemeinde den Biberdamm im Februar wie vereinbart abgetragen. Die Arbeiten wurden unter Aufsicht eines Gemeindefacharbeiters durchgeführt. Der Biberdamm wurde dabei auf die korrekte Höhe abgetragen und nicht vollständig entfernt. Dieser entscheidende Umstand wurde jedoch nie erwähnt. Dies vermutlich, weil es einfacher ist, einen unschuldigen jungen Mann anzuklagen.

Zudem ist festzuhalten, dass Jungtiere erst im späteren Frühjahr oder Sommer geboren werden und nicht während der Wintermonate. Eine Gefährdung von Jungtieren bestand zu diesem Zeitpunkt also nicht. Auch dieses Argument fand bei der Staatsanwaltschaft kein Gehör.

Tatsache ist, dass der Biber in unserer Region zunehmend ein Problem darstellt, auch wenn viele Menschen ihn als herziges Tier wahrnehmen. Er beansprucht zu viel Raum und beeinträchtigt wertvolle Landwirtschaftsflächen.

Astrid Diesbach,
Ueberstorf

Stabile Kantonsfinanzen sollen den Wohlstand sichern

Leserbrief zur kantonalen Abstimmung über das Programm zur Sanierung der Kantonsfinanzen vom 26. April.

Die öffentlichen Leistungen bilden ein wichtiges Fundament unseres Zusammenlebens. Ob Spitäler, Schulen, öffentlicher Verkehr oder die Unterstützung für Menschen in schwierigen Situationen – sie sind für viele selbstverständlich, aber alles andere als garantiert.

Gerade deshalb ist es entscheidend, ihre Finanzierung langfristig zu sichern. Wenn die Ausgaben dauerhaft stärker wachsen als die Einnahmen, gerät dieses Gleichgewicht unter Druck. Kurzfristig lässt sich das vielleicht noch ausgleichen. Doch langfristig führt es zu schwierigen Entscheidungen: entweder massive Steuererhöhungen oder einschneidende Kürzungen bei den Leistungen.

Das Gesetz zur Sanierung der Kantonsfinanzen (SKfG) setzt genau hier an. Es reduziert keine Leistungen und baut den Service public nicht ab. Es sorgt vielmehr dafür, dass das Wachstum der Ausgaben in einem tragbaren Rahmen bleibt und die Finanzierung gesichert bleibt.

Wer die öffentlichen Leistungen erhalten will, muss auch für stabile Finanzen sorgen. Das Gesetz schafft dafür die Grundlage – verantwortungsvoll und vorausschauend.

Darum lege ich am 26. April ein überzeugtes Ja in die Urne.

Andreas Freiburghaus,
Grossrat, Wünnewil

Regeln für Leserbriefe

Gerne nehmen wir Ihren Leserbrief entgegen. Vorrang haben Zuschriften, die sich auf unsere Artikel beziehen, sich auf ein einzelnes Thema beschränken und uns per Mail erreichen. Bitte an: redaktion@wirfreiburg.ch. Bitte Absender (Name, Vorname, Strasse, Wohnort) und Artikelbezug (Titel und Ausgabedatum) angeben. Die Maximallänge beträgt 1500 Zeichen inkl. Leerzeichen.

Die Redaktion entscheidet über die Auswahl der Leserbriefe und behält sich vor, Texte ohne Rücksprache zu kürzen, nur auf einzelnen Kanälen (Print/Online) oder nicht zu publizieren. Ausführliche Informationen finden Sie auf wirfreiburg.ch unter dem Menüpunkt «Leserbriefe».

Einsendeschluss für Leserbriefe

Die Freiburger Nachrichten bedanken sich bei den zahlreichen Leserinnen und Lesern, die sich aktuell zu den Abstimmungen vom 26. April per Leserbrief zu Wort melden. Leserbriefe zu den Abstimmungen nehmen wir noch bis zum Freitag, 17. April, entgegen. (san)

Leserfoto



Pascal Clément hat diesen Schnapsschuss der Abtei Altenryf in Hauterive aufgenommen.